

Verfahren

Die Rhein Ruhr City-Initiative versteht sich als ein Angebot an die Politik und Sportpolitik, aus der Mitte der Gesellschaft heraus initiiert. Die Entscheidung ob, mit wem und für wann man sich für Olympische und Paralympische Spiele mit Deutschland bewirbt, liegt hoheitlich beim Deutschen Olympischen Sportbund, dem DOSB.

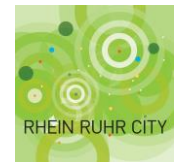
Bei dem Dekadenprojekt Rhein Ruhr City geht es nicht nur um die Entfaltung von Begeisterung der Menschen für die Olympischen und Paralympischen Spiele. Es geht um Sachlogik auf dem Weg zu einer möglichen Bewerbung: um ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit. Olympische und Paralympische Spiele dürfen und können kein vierwöchiges Leuchtrumprojekt sein. Vielmehr gilt es, Chancen und Visionen aufzuzeigen, die 'durch' die Spiele entstehen können und nicht 'für' die Spiele entstehen müssen. Gleichzeitig muss von Beginn an maximale Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit gewährleistet werden und Offenheit für konstruktive Kritik der Bürgerinnen und Bürger bestehen.

Gespräche mit allen relevanten Fraktionen in den Kommunen, auf Landes- und Bundesebene und ein intensiver Austausch und Wissenstransfer mit den Sportfachverbänden sowie der Dialog mit dem IOC und dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) sowie mit Non-Government-Organisationen wie der UNO werden regelmäßig geführt.

Politischer Konsens ist uns wichtig, um eine breite Akzeptanz in der Gesellschaft zu erhalten. Im Koalitionsvertrag der aktuellen NRW-Landesregierung unter Ministerpräsident Armin Laschet ist die Initiative zur Bewerbung möglicher Olympischer und Paralympischer Spiele in Nordrhein-Westfalen schriftlich verankert. Im November 2019 wurde ein gemeinsamer Antrag zur Durchführung der Olympischen und Paralympischen Spiele in NRW von den Fraktionen CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen einstimmig von den vier Fraktionen im Landtag verabschiedet. Bereits die Vorgängerregierung unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat sich seinerzeit positiv zu der Idee geäußert. Am Ende muss es um eine gesamtdeutsche Bewerbung gehen, die von der Breite der Menschen, der Politik und der Sportpolitik getragen wird. Die beteiligten Kommunen und die Landesregierung stehen auch für die Zeit nach 2032 hinter der Idee von Rhein Ruhr City.

Das Konzept der Rhein Ruhr City zählt zu 100% auf die Agenda 2020 und die Agenda 2020+5 des IOCs ein. Erstmals in der Geschichte der Olympischen und Paralympischen Spiele besteht die Möglichkeit, dass sich auch Regionen für die Spiele bewerben können. Der Wegfall der Mindestkapazitäten von Zuschauerplätzen ermöglicht zudem einen flexibleren Einsatz bereits vorhandener oder temporärer Sportanlagen in einer Stadt oder Region. Schon heute können 115.000 Hotelbetten in der Region als Übernachtungsmöglichkeiten angeboten werden. Die Vorgabe des IOCs liegt bei 42.000 Betten. Das Konzept der Rhein Ruhr City-Initiative ist ein Konzept, welches zu 100% auf die Agenda 2020 einzahlt und es ist schon vor den Spielen nachhaltig.

Die weltweiten und nationalen Zuschauerzahlen im Fernsehen und auf anderen Kommunikationsplattformen sprechen eine eindeutige Sprache: Die Menschen lieben den sportlichen Wettkampf bei Olympischen und Paralympischen Spielen. Wenn man sich bewusst macht, dass 90 Prozent der Gelder, die das Internationale Olympische Komitee (IOC) einnimmt



wieder zurück an die Olympische Bewegung und die über 200 nationalen Verbände ausgeschüttet werden und damit der Sport nachhaltig gefördert wird, dann zeigt dies, welche große Bedeutung die Grundidee der Olympischen Bewegung und die damit verbundenen Werte auch heute noch für Milliarden Menschen auf der ganzen Welt haben. Die Olympische Bewegung kann ein Anker in einer sich global und politisch immer schneller drehenden und fragmentierten Welt sein. Aber wie alles im Leben ist dies kein Selbstläufer, in einer Zeit, in der die Menschen eine Grundskepsis gegenüber vielen Großereignissen, Megabauten, Parteien und Organisationen haben. Dazu zählen auch die Olympischen und Paralympischen Spiele.